Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 87 (2000)
Heft: 3: Diverse Beiträge

Artikel: Aufgabenhort als Sparpotential?
Autor: Ulmann Stohler, Brigit
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-527288

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Brigit Ulmann Stohler

Stichwort

Aufgabenhort als Sparpotential?

In einer grossen Basler Agglomerationsgemeinde verlangten die SP und die Grünen, 20 000 Franken sollten für den Aufgabenhort aufgewendet werden. Dieser Aufgabenhort in den Quartierschulhäusern musste ein halbes Jahr früher sistiert werden, weil der Einwohnerrat die finanziellen Mittel gestrichen hatte. Die Antragsteller sprachen von einem kleinen Beitrag zur Chancengleichheit, weil doch eine solide Ausbildung wichtig sei. Die Bürgerlichen Ratsmitglieder sahen das anders. Aufgabenhilfe sei Sache der Eltern, auch die Lehrer müssten mehr Verantwortung übernehmen und es sei keineswegs Sache der Gemeinde, einen Kinderhütedienst zu finanzieren. Die Auseinandersetzung gipfelte in der Bemerkung, mit einem solchen Angebot würden nur schlechte Steuerzahler angelockt. Schliesslich lehnte das Parlament den Beitrag zum Aufgabenhort ab.

Wie kann man sich solch engherziges Verhalten erklären?

Im Blickfeld steht die mittelständische Familie, in der die Mutter mit den Kindern die Hausaufgaben löst oder diese Pflicht an eine Kinderfrau delegiert. Damit wird eine Familienform vorausgesetzt, die nicht mehr die Realität einer Mehrheit ist. Menschen leben heute in Einelternfamilien, in Familien, bei denen beide Elternteile berufstätig sind usw.

Bei diesem Entscheid ist auch zu berücksichtigen, dass es in dieser Gemeinde eine Wohnsiedlung mit hohem Ausländeranteil gibt, in der die sozialen Probleme immer wieder ausser Kontrolle zu geraten drohen. Geht es womöglich um eine bestimmte Art der Ausländerpolitik?

Leider ist dieser Beschluss des Gemeinderates symptomatisch für die politische Grosswetterlage, in der von bürgerlicher Seite vehemente Kampagnen für den Abbau von staatlichen Leistungen geführt werden. Vorzugsweise in Bezug auf Leistungen, die weniger privilegierten Kreisen zugute kommen. (Für Begabtenförderung soll der Staat Gutscheine abgeben).

Der Parlamentarier, der von der Attraktivität der Gemeinde für schlechte Steuerzahler spricht, hat wohl nicht bedacht, dass das Niveau einer Klasse nicht steigt, wenn ein grosser Teil der Kinder dem Unterricht nicht zu folgen vermag, und dass dadurch möglicherweise die guten Steuerzahler abgeschreckt werden.

Ein solcher Aufgabenhort kann ausserdem über die Aufgabenhilfe hinaus als Beziehungsangebot und damit als psychosoziale Prävention verstanden werden, die im Moment etwas kostet, sich unter Umständen aber langfristig lohnt.

Solche Entscheide werden kaum dazu beitragen, gute Steuerzahler anzuziehen.

Ein Gemeindeparlament sollte sich über soziale Realitäten Rechenschaft ablegen und nicht stur parteipolitische Positionen vertreten. Das Berücksichtigen von sozialen Realitäten hat in vielen Fällen Kostenfolgen. Wer hier spart, macht kurzfristige Sparpolitik, die sich langfristig nicht lohnt.